

Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin (bis 20:35 Uhr)

Von der Verwaltung:

Herrn Gerald Menche Abteilungsleiter Ausländerbehörde
Frau Katja Bürckstümmer Dez. II, Koordinierungsstelle Lokale
Agenda 21

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos Vorsitzende (ab 19:40 Uhr)
Herr Nabi Ibraimtzik Stellv. Vorsitzende

Gäste/Sachverständige:

Herr Dr. Manfred Richter Lokale Agenda (LA21)-Gruppe
"Nachhaltige Entwicklung"

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Jürgen Becker CDU-Fraktion

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Herr Ibraimzik, Stellv. Vorsitzende des Ausländerbeirates, bittet den in der Tagesordnung als TOP 2 vorgesehenen Punkt „Problematik der Anmelde- und Wartesituation in der Ausländerbehörde, Antrag des Ausländerbeirates vom 01.10.2013; hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 11.03.2014,“ in der Beratung nach hinten zu verschieben, da sich die Vorsitzende des Ausländerbeirates, Frau Stefanos, etwas verspäten werde.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

- | | | |
|----|--|---------------|
| 2. | Änderung der Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Lokale Agenda 21 der Universitätsstadt Gießen)
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2014 - | STV/2006/2014 |
| 3. | Einhaltung des Überlassungsvertrages betr. Sportgelände des Vereins Blau-Weiß Gießen e.V.
- Antrag der Linke.Fraktion vom 26.02.2014 - | STV/2060/2014 |
| 4. | Problematik der Anmelde- und Wartesituation in der Ausländerbehörde (Antrag des Ausländerbeirates vom 01.10.2013);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom 11.03.2014 | STV/1785/2013 |
| 5. | Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsstelle
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 28.02.2014 - | STV/2059/2014 |
| 6. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Änderung der Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Lokale Agenda 21 der Universitätsstadt Gießen) **STV/2006/2014** **- Antrag des Magistrats vom 07.02.2014 -**

Antrag:

„1. Den geänderten Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit den zugeordneten Definitionen und Zielen wird zugestimmt.

2. Die Daten für den Indikatorensatz werden weiterhin regelmäßig erhoben und bewertet. Sie bilden die Grundlage für den nächsten Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen.“

Frau Bürckstümmer gibt eine kurze Einführung zum Hintergrund der Überarbeitung der Indikatoren.

Stv. Greilich, Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, er begrüße die Änderung der Indikatoren und sie finde die volle Zustimmung seiner Fraktion.

Stv. Janitzki, Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen begrüßt und unterstützt die Änderungen ebenfalls.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. **Einhaltung des Überlassungsvertrages betr. Sportgelände des Vereins Blau-Weiß Gießen e.V.** **STV/2060/2014**
- Antrag der Linke.Fraktion vom 26.02.2014 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, den am 17. Juni 2011 geschlossenen Vertrag zwischen der Universitätsstadt Gießen, Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH und der Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen e.V. als nach wie vor gültig anzusehen und zu betonen, dass dieser eingehalten wird bzw. trotz Auswirkungen des Rettungsschirms eingehalten werden kann.“

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, führt zur Begründung des Antrages aus, derzeit würden Gerüchte in der Stadt kursieren, dass Blau-Weiß nicht wie vereinbart auf das Sportgelände an der Ringallee zurückkehren könne.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz weist dies als völlig aus der Luft gegriffen und Stimmungsmache zurück. Die Garantie, dass Blau-Weiß auf das Sportgelände an der Ringallee zurückkehren könne, bestehe nach wie vor.

Stv. Schmidt, SPD-Fraktion, fordert den Antragsteller auf, den Antrag zurückzuziehen, da er völlig absurd und an den Haaren herbeigezogen sei.

Stv. Schlicksupp, CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, die Stadtverordnetenversammlung müsse nicht beschließen, dass bestehende Verträge eingehalten werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

4. **Problematik der Anmelde- und Wartesituation in der
Ausländerbehörde (Antrag des Ausländerbeirates vom
01.10.2013);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats vom
11.03.2014**

STV/1785/2013

Herr Ibraimzik legt kurz die für den Ausländerbeirat dringlichsten Probleme der Ausländerbehörde dar. Die Anmelde- und Wartesituation sei unbefriedigend. Es komme immer wieder zu Gedränge um die Wartemarken, besonders Frauen seien hier benachteiligt. Weiter kritisiere er zu kurze Sprechzeiten, die telefonische Erreichbarkeit, Verständigungsprobleme und überforderte Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter.

Stadträtin Eibelshäuser erklärt, sie habe Verständnis für die Anliegen des Ausländerbeirates. Sie macht deutlich, dass die Ausländerbehörde ständig veränderte rechtliche Rahmenbedingungen zu bewältigen habe. Weiterhin müsse man den Spagat zwischen Ordnungsverwaltung und „Willkommensbehörde“ bewältigen. Außerdem gebe es räumlich und personell keine großen Spielräume.

Herr Greilich, Bündnis 90/Die Grünen, regt die Einführung einer Frauensprechstunde an, um die unbefriedigende Situation mit den Wartemarken zu entschärfen.

Frau Stefanos, Vorsitzende des Ausländerbeirates, bedankt sich beim Magistrat für den gegebenen Bericht. Allerdings habe man konkrete Verbesserungsvorschläge vermisst.

Sie führt aus, dem Ausländerbeirat sei eine telefonische Terminkoordination wie z. B. im Landkreis wichtig. Außerdem vertrete sie die Auffassung, dass sich der hohe Ausländeranteil in der Stadt Gießen auch bei den Mitarbeitern der Behörde widerspiegeln müsse.

Herr Menche, Leiter der Ausländerbehörde, entgegnet, die telefonische Terminkoordinierung funktioniere nur bei Ausländern mit unbefristetem Aufenthalt, die nicht oft zur Ausländerbehörde kommen müssen. Deren Anteil sei im Landkreis einfach höher. Selbstverständlich stehe er der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund offen gegenüber, betont aber, dass dies nichts an der problematischen Situation in der Ausländerbehörde ändern werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Ibraimzik** erklärt **Herr Menche**, Sprechstunden außerhalb der Diensträume der Stadtverwaltung (z. B. an der Universität oder THM) können erst eingeführt werden, wenn die elektronische Akte eingeführt

werde.

Frau Wenig möchte wissen, an welchen Fortbildungsmaßnahmen die Mitarbeiter der Ausländerbehörde teilgenommen haben.

Herr Menche erklärt, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde haben ein jeweils dreitägiges Seminar zum Thema "Deeskalationsstrategien" und "Interkulturelle Kompetenz" des hessischen Verwaltungsschulverbandes besucht. Außerdem wurde an einem einwöchigen Englischkurs teilgenommen.

An der weiteren ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Sahin, Wenig, Tanriverdi, Beltz und Bietz und Mitglieder des Ausländerbeirates.

Frau Sator, CDU-Fraktion, beantragt, die Debatte zu schließen und fasst abschließend folgendes zusammen:

An der Raum- und Personalsituation könne man momentan nichts ändern. Am greifbarsten halte sie die Einführung einer Frauensprechstunde. Sie schläge vor, der Magistrat solle die Möglichkeit der Einführung einer solchen Sprechstunde prüfen und dem Ausschuss im Herbst über die Umsetzung berichten. Dann könne man sich evtl. einen anderen Punkt der Forderungen des Ausländerbeirates vornehmen.

Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die übrigen Ausschussmitglieder einverstanden.

Beratungsergebnis:

Durch die vorliegende Stellungnahme des Magistrats gilt der Bericht als gegeben.

**5. Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsstelle
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 28.02.2014 -**

STV/2059/2014

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Wohnberatungs- und Vermittlungsstelle einzurichten.“

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob in der Stadt Gießen eine zentrale Wohnberatungs- und Vermittlungsstelle eingerichtet werden kann.“

Bei der Prüfung sollen folgende Fragen ebenfalls Berücksichtigung finden:

1. Kann die Wohnbau Gießen GmbH, als 100 % Tochtergesellschaft der Stadt Gießen, mit der Aufgabe betraut werden, in Zusammenarbeit mit anderen Anbietern (gemeinnützigen und/oder privaten) eine solche Stelle einzurichten?
2. Kann eine entsprechende Stelle bürgernah im Stadtbüro angesiedelt werden?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Gießen, eine solche Stelle kostenneutral einzurichten bzw. zu unterstützen?"

Frau Wenig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt folgende Ergänzung an:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob **und in welcher Trägerschaft** in der Stadt Gießen eine zentrale Wohnberatungs- und Vermittlungsstelle eingerichtet werden kann.

Stv. Janitzki übernimmt die Änderung/Ergänzung für die Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

6. **Verschiedenes**

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 21.05.2014, 19:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K r i e g e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z